

## **270 000 für eine emanzipatorische Bildung - Chance für einen gesellschaftspolitischen Konflikt? - Oder sogar einen europäischen Bildungstreik 2010/2011? Erste subjektive Bilanz und weitere Perspektiven**

Die dezentrale demokratische Bildungstreikbewegung hat die Bildungsfrage auf die innenpolitische Tagesordnung gesetzt. Die Initiatorinnen und Initiatoren waren selbst von der nicht aufzuhaltenden Dynamik überrascht und die Politik reagierte bisher wenig souverän. 270 000 Protestierende auf den Strassen, die größte unabhängige Bildungsbewegung seit Jahrzehnten. Sie war demokratisch angelegt und durch eine zarte Klammer gemeinsamer Forderungen für die öffentlichen Botschaften zusammengehalten. Es war ein Streik der vielen tausend Gesichter.. Die lokalen Bündnisse prägten das Bild und nicht hervorstechende WortführerInnen. Die Presse hatte zurecht Schwierigkeiten, SprecherInnen/OrganisatorInnen für den Mediengebrauch auszumachen. Basisdemokratie war ein flächendeckendes Konzept, das bewusst auf die Großdemo verzichtete. Die gute Balance von gängigen Protestformen (Demos, Versammlungen, Debatten) und Aktionen des zivilen Ungehorsams (Instituts- und Rektoratsbesetzungen, Straßenblockaden, Belagerungen, symbolische Banküberfälle) hat den streikenden Studierenden und SchülerInnen eine ganz überwiegende Sympathie und Unterstützung der Öffentlichkeit und der Medien eingetragen. Der Bildungstreik hat den schon länger schwelenden Unmut, auch bei den Lehrenden, über die miserablen Zustände an den Schulen und Hochschulen – die Kitas nicht zu vergessen – zum Vorschein gebracht. An und in den Bildungseinrichtungen, außerdem auf den Straßen, wurden fruchtbare und kontroverse Debatten über grundlegende Fragen und Perspektiven des Bildungssystems geführt. Eine neue politische Welle hat das Land erstmals seit Jahren durchzogen. Vielerorts wurde nun eine Diskussion über konkrete Veränderungen angestoßen. Der erste Erfolg wäre nicht ohne ein breites Bündnis möglich geworden. Gewerkschaften, soziale Gruppen, einige Rektoren und Präsidenten, HochschullehrerInnen, akademischer Mittelbau und LehrerInnen unterstützten den Streik, ließen eine kritische Sympathie erkennen oder freuten sich zumindest hinter verschlossener Tür.

### **Brüchige Verteidigung herrschender Bildungspolitik**

Die einzige Gruppe, die sich bisher fast bedeckt hält, ist die der PolitikerInnen. Neben Respektsbekundungen seitens Bündnis90/Die Grünen und Die Linke, fiel die Bundes-SPD durch nahezu komplette Abwesenheit auf. Dass die CDU den Bildungstreik gar als linke, instrumentalisierte Wahlkampagne denunziert, zeigt jenseits des lächerlichen „Bildungsgipfels“ einmal mehr, dass die Kanzlerin und ihre CDU/CSU wenig von den Problemen in Schulen und Hochschulen verstanden haben. Auch die herablassende Art der Bundesbildungsministerin, Annette Schavan, den Bildungstreik zum Teil als „gestrig“ zu bezeichnen, weist darauf hin, dass diese Ministerin eher in den Forschungs- und Eliteküchen zu Hause ist, als bei den konkreten Problemen von SchülerInnen und Studierenden. Die FDP war einstmals auch eine Bildungspartei. Nun sah sie im Bildungstreik gar „anarchistische Gewalt“. Die Kultusministerkonferenz (KMK) reagierte zunächst kopflos auf den Bildungstreik. Ein Diskussionsgesuch der Studierenden und SchülerInnen anlässlich ihrer Konferenz in Berlin lehnte sie zunächst ab. Als der öffentliche Druck größer wurde, bot sie ein knappes Gespräch im Ensemble von vier Kultusministern an. Das

Gespräch war offenkundig sachlich, sehr kurz und man verständigte sich auf eine zu vereinbarende Kommunikation.

Die fehlende Resonanz der Regierenden lässt auf Sprachlosigkeit und Unfähigkeit, sich mit den BürgerInnen auseinander zu setzen, schließen. Es ist eine Provokation für die Aktivsten und Aktivistinnen, dass die Verantwortlichen sich nicht damit auseinandersetzen wollen. Die Wut bei den Betroffenen wächst somit weiter.

## **Der Bachelor ist angeschlagen**

Insgesamt fällt bei der Reaktion der Politik auf, wie schwach die Verteidigung der bisherigen Bildungspolitik ist. KeinE PolitikerIn, keinE RektorIn, keinE ProfessorIn hat den Schmalspur-Bachelor nach sechs Semestern wirklich noch verteidigt. Die glühendsten Verfechter von MA/BA sind ganz leise geworden - weil sie sehen, was da angerichtet worden ist. Kurz: Der Bachelor in seiner bisherigen Form hat keinen öffentlichen Rückhalt mehr. Kaum eine Professorin wird noch mit Überzeugung die Hand für einen sechssemestrigen, verschulten Bachelor heben, wenn eine Prüfungsordnung verabschiedet wird. Die Hochschulen stehen nach dem Bildungsstreik vor einer Revision, die im Rahmen des Bologna-Prozesses erlaubt und angemessen ist. Ob die Landesregierungen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen werden, steht allerdings in den Sternen und könnte im Endeffekt dazu führen, dass der bisherige Weg der Sachzwanglogik und Unzuständigkeitserklärung für das Desaster zwischen Hochschulleitungen, Ministerien und angeblich verpflichtenden „Bologna-Beschlüssen“ weiter geht.

Doch die grundsätzliche Kritik am System Bologna wurde von der Öffentlichkeit kaum aufgegriffen. Im Rahmen der Lissabon-Strategie soll Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Bildung wird so zuvorderst auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert und schließlich im Rahmen der GATS-Abkommen nur noch als Dienstleistung aufgefasst. Beim Bologna-Prozess stehen „arbeitsmarktrelevante Qualifikationen“ im Vordergrund, während die Studierenden und SchülerInnen eine dem Menschen zu kritischem Urteilen befähigende, demokratisch organisierte Bildung einfordern. Dieser grundsätzliche Konflikt über das Verständnis von Bildung bleibt trotz der massenhaften Mobilisierung zwischen den Verantwortlichen in der Politik und den Streikenden unausgefochten. Vielfach wurde er totgeschwiegen. Der Bildungsstreik hat Aufmerksamkeit erregt, doch die weltweite Ökonomisierung von Bildung schreitet weiter voran.

Was aber folgt aus dem Bildungsstreik? Nach diesem ersten Erfolg werden sich die SchülerInnen und Studierenden in den nächsten Wochen auf weitere gemeinsame Proteste verständigen. 28 Milliarden Euro durch das Konjunkturpaket und den Bund-Länder-Pakt für Bildung investieren, aber nichts für SchülerInnen und Studierende tun, das geht jetzt nicht mehr. Es bleibt spannend: Am 7. Juli trafen sich in Berlin im Hause Schavan die Bildungstreikenden, Wissenschaftsorganisationen, HochschulrektorInnen u. a. Das Gespräch war eine Show der Bildungswilligen. Die Kultusminister haben sich angsthäsig hinter ihren Finanzministern versteckt. Bisher ist noch keine Bereitschaft erkennbar, sich mit den Streikzielen der Protestierenden auseinander zu setzen. Vor allem die Forderungen von Schülerinnen und Schülern nach Abschaffung von G8, mehrgliedrigem Schulsystem und wirtschaftlichem Einfluss verhallten unbeachtet. Es ist jedoch nicht nur Geld das in Schulen und Hochschulen dringend benötigt wird. So reicht es den Protestierenden nicht, dass

PolitikerInnen etwas mehr Geld in Bildungseinrichtungen stecken, sondern sie fordern Mitspracherecht und eine Überarbeitung der Lehrstoffe. Es wird darauf ankommen, nicht zuzulassen, dass sich die Politik erneut aus dem Staub macht. Die Bildungstreikenden werden sich nicht mit Lippenbekenntnissen im Vorwahlkampf abspesen lassen. Sie verstehen sich nicht als BittstellerInnen an die Politik, sondern werden mit Inhalt und Aktion weiter für öffentlichen Druck sorgen und Alternativen schaffen. Der gesellschaftspolitische Konflikt um Bildung hat eine Chance - subito!

## Defizite des Bildungstreiks

Trotz allem unverhofften Erfolg sind Strukturdefizite nicht zu übersehen:

Erstens gab es eine thematische Schiefelage zugunsten der Hochschulprobleme. Nur die Kritik am Turbo-Abitur drang durch, aber sonst wurden eher die Hochschulprobleme als die Schulen öffentliches Streitthema. Es gab erhebliche Abstimmungsprobleme zwischen Schülern und Studierenden in der Öffentlichkeitsarbeit, sowie in der gemeinsamen Arbeit im allgemeinen. Die thematische Schiefelage war so schon in den Bündnissen zwischen SchülerInnen und Studierenden erkennbar, sofern es diese gemeinsamen Bündnisse überhaupt gab.

Zweitens: der Bildungstreik hat bewiesen, dass Zentralität und strikte Dezentralität sinnvoll aufeinander bezogen eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung erzeugen können. Ohne die strikte Dezentralität wäre die basisdemokratische Mobilisierung von 270 000 Protestierenden nicht möglich gewesen. Eine zentrale Demonstration, die sehr bewusst nie ins Auge gefasst worden ist, hätte gerade den massenhaften Aufbruch von unten unterhöhlt. Andererseits: Ohne die zentrale Pressekonferenz in Berlin und ohne die mühsam erhobenen Zahlen und Fakten über die Gesamtmobilisierung wäre der öffentliche Durchbruch als Thema schwerlich möglich gewesen. Live-Ticker, Pressemitteilungen, ständig ansprechbare Pressekontakte und eine detaillierte Kontaktliste in die lokalen Bündnisse machten es möglich, das Interesse der Medien an die dezentralen Strukturen weiterzuleiten. Erst die Wucht der Mobilisierung zerstreute die Zweifel in den Medien, dass nur ein paar tausend Protestierende (FAZ, Der Spiegel, Freitag) unterwegs seien. Dass die politischen Fronten mit dem Bildungstreik durcheinander gerieten, hat der öffentlichen Akzeptanz des Streiks genutzt. So unterstützte zwar die FAZ nicht den Bildungstreik, aber schrieb vernichtende Urteile über den Bologna-Prozess und die Lehr-Lern-Situation an den Hochschulen. Vorsichtige Unterstützer des Bildungstreiks waren ARD, ZDF, FR, taz, Junge Welt, SZ, Berliner Zeitung - während Focus, der Spiegel, Tagesspiegel, Die Welt und Freitag ohne erkennbare Konturen blieben. Die Rundfunkstationen (HR, WDR, NDR, RBB, SWR, SR, MDR u. a.) sympathisierten mit dem Bildungstreik und spiegelten mit ihren dezentralen Strukturen auch die Bildungstreikbewegung regional wider. Über die privaten Medien liegt bisher nach unserer Kenntnis keine genauere Auswertung vor.

Drittens: Die lokale und regionale Zentralität hat beeindruckende Dynamiken geschaffen, die aber nur in Einzelfällen auch bundespolitisch durchgeschlagen sind (Heidelberg, Düsseldorf, Hamburg, Göttingen, Leipzig u. a.). Es gab große weiße Flecken auf der Streik-Landkarte wo es ganz ruhig blieb und Protestaktionen eine Rarität waren.

Viertens: Der Bildungsstreik litt nach den ersten beiden Bundestreffen an einer Unkultur des politischen Misstrauens bis hin zu selbstzerstörerischen Tendenzen. Natürlich gehört es zu einer basisdemokratischen Bewegung, möglichst jede Machtkonzentration zu vermeiden. Aber die oft gehandelten Projektionen („Der SDS will sich den Bildungsstreik unter parteipolitischen Gesichtspunkten unter den Nagel reißen“, „Der KoKreis könnte sich verselbständigen“, „Die Pressegruppe könnte machtvoll eigene Politik betreiben“, „Einzelpersonen wollen sich selbst inszenieren und für den Bildungsstreik sprechen“) entbehrten der Realität und lähmten oft die anstehenden Arbeitsprozesse. Viele Engagierte waren entnervt und warfen das Handtuch. Alle Machtspekulationen haben sich als unhaltbar erwiesen - eine Instrumentalisierung jedweder Art fand nicht statt. Versuche dazu blieben schon in den Anfängen stecken. Persönliche Eitelkeiten wurden eingedampft, niemand konnte zum/zur Sprecher/Sprecherin der Bildungsstreikbewegung avancieren. Dass die Kultur der falschen Projektionen zur Agonie der Entscheidungen geführt hat, ist kein basisdemokratisches Ruhmesblatt. Es ist wichtig, ein waches Auge für Fehlentwicklungen, eine offene Kommunikation, kritisches Hinterfragen und ständige Selbstreflexion zu praktizieren, doch sollte das durch ein kooperatives Zusammenwirken, möglichst konfliktfrei und ohne Eskalationen möglich sein. Der KoKreis, man wagt es kaum auszusprechen, war während der Streikwoche total arbeitsunfähig. Was wäre denn passiert, wenn 3-4 Demos, 4-5 Bankenbesetzungen zusammengeprügelt worden wären? Wer hätte jenseits der lokalen Bündnisse überhaupt reagieren können? Kurz: Ein bundesweiter Bildungsstreik ohne Legitimation ist ein basisdemokratisches Unding. Zentralität und Dezentralität haben sich zu ergänzen - nicht zu blockieren.

Fünftens schließlich war der Bildungsstreik trotz einiger anderer Bemühungen deutschlandorientiert und weitgehend ohne internationale oder europäische Bewegungsbezüge zu Italien, Frankreich, Griechenland oder Spanien.

Sechstens: In der Gender-Frage war positiv, dass sich Männerdominanz zwar hier und dort etablierte, aber einzelne Männer an klassischen Hegemonialstrategien wirksam gehindert wurden. Kein Mann hat eine wirklich dominante Funktion im Streik erreicht. Aber eine alte Erfahrung aus der Bewegungsforschung bestätigte sich auch: Frauen sind sensibler für die grundsätzlichen Probleme des Bildungsstreiks - die Männer halten aber das Heft ganz fest in der Hand wenn es um Banküberfälle, 12stündige Pressearbeit oder Polizeieinsätze geht.

Siebtens: Die Finanzierung des Bildungsstreiks scheint auf lokaler und regionaler Ebene einigermaßen gut gelaufen zu sein. Auf der zentralen Ebene war sie eine dilettantische Katastrophe. Die mehrfach versuchte Gründung einer Finanzgruppe scheiterte. Finanzanträge an Gewerkschaften, attac u. a. wurden nicht oder zu spät gestellt. Die schlussendlich einsetzende Hektik auf Pump war unnötig und absolut unprofessionell. Einzelpersonen haben sie hier durch Hau-Ruck-Aktionen sehr aufgerieben, es gab kaum Rückendeckung aus dem Bündnis und wenig kontinuierliche Arbeit. Insgesamt blieben die meisten bundesweiten Arbeitsgruppen sehr inaktiv, viele Verteiler lagen wochenlang völlig brach und fingen oftmals bei jedem Koordinierungstreffen wieder bei null an.

Um den Bildungsstreik weiterzutragen müssen jetzt die lokalen Bündnissen weiter mobilisieren und weiter wachsen. Die Arbeit muss auf mehr Schultern neu verteilt werden; neue Ideen müssen auftauchen. Dabei dürfen jedoch die Grundsätze

keinesfalls umgeworfen werden, bspw. muss an der Basisdemokratie festgehalten werden und die Grundidee des Streiks muss weitergetragen werden und darf nicht verloren gehen, sonst zerbricht die Bewegung. Der Druck in der Öffentlichkeit muss weiter gehen. Die Proteste müssen spürbar und breit gefächert weiter gehen. Die Motivation die bei den Aktivisten und Aktivistinnen der letzten 7 Monate immer da war, darf auf Grund solcher Probleme nicht verloren gehen.

Fünf knappe Konsequenzen liegen auf der Hand: Das Turbo-Abitur und der 6-Semester-Bachelor sind durch zivilen Ungehorsam abzuschaffen bzw. zu revidieren. Die Hochschulen sollten sich rasch auf eine Debatte eines mindestens 4jährigen Studiums für alle mit entsprechenden Ressourcenverstärkungen (Tutoren, Personal etc.) einlassen. Eine neue Debatte exemplarischen Lehrens und Lernens ist überfällig, neue Lernformen müssen ihren Platz in den Curricula finden. Ein „Notprogramm für Schulen und Hochschulen“ ist mit den Kultus- und Finanzministern auszuhandeln. Nach den Bundestagswahlen sollte der Bildungsstreik verbreitert fortgesetzt werden. Ein europäischer Bildungsstreik für 2010/2011 sollte in den Zusammenhängen von attac, dem Europäischen Sozialforum, dem europäischen Gewerkschaftsbund und den europäischen Schüler- und Studierenden-Netzwerken konzipiert werden. Der Bildungsstreik war hoffnungsvoll - die Ziele können jetzt anspruchsvoller und konfliktverschärfter gesetzt werden.

Hannah Eberle, Peter Grottian, Michael Kolain, Sebastian Zimmermann